

■ CSU-Abgeordnete wollen Gesundheitsfonds stoppen

Die befürchteten Folgen des Gesundheitsfonds veranlassen Mitglieder der CSU-Fraktion zum Handeln: Dr. Thomas Zimmermann, Gesundheitspolitischer Sprecher der CSU, und Dr. Joachim Unterländer, Sozialpolitischer Sprecher der CSU, forderten in einem im Januar fraktionsintern eingereichten Antrag die Staatsregierung dazu auf, sich „mit Nachdruck auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass der Gesundheitsfonds und der morbiditätsorientierte Risikostrukturausgleich sowie der bundeseinheitliche Orientierungswert“ nicht wie geplant 2009 beziehungsweise 2010 umgesetzt werden. „Bundespolitisch ist das eine Bombe, weil hiermit die Koalitionsdisziplin angetastet wird“, so Zimmermanns Kommentar dazu in der Süddeutschen Zeitung. Wäre auch die bayerische SPD für den Antrag zu gewinnen, dann könne Ulla Schmidt durch eine „breite Zangenbewegung“ zum Umdenken bewegt werden, so Zimmermann. Die beiden Antragsteller führen in der Begründung an, dass durch die geplanten Maßnahmen „die niedergelassenen Ärzte mit insgesamt 500 Millionen Euro Verlusten“ rechnen müssten. Der Parteivorsitzende Huber soll für Aktivitäten gegen den Gesundheitsfonds in den Koalitionsgremien noch gewonnen werden. Sozialministerin Christa Stewens hat sich bereits für die Verschiebung eingesetzt.

ik/SZ

■ LAGZ-Vorstand wiedergewählt

Der Vorstand der Bayerischen Landesarbeitsgemeinschaft Zahngesundheits e.V. (LAGZ) hat mit der Wiederwahl des bisherigen Vorstandsvorsitzenden, Dr. Herbert Michel, den eingeschlagenen Kurs der LAGZ bestätigt. Der Zahnarzt aus Würzburg ist am 10. Oktober 2007 in München zusammen mit seinem Stellvertreter, Rudolf Titz von der AOK Bayern, als Vertreter der gesetzlichen Krankenkassenverbände, einstimmig im Amt bestätigt worden. Mit Aktionen für Kindergärten und Grund-, Haupt- und Förderschulen wie „Aktion Seelöwe“, „Aktion Löwenzahn“, „Mach mit“ und – ganz neu – „Aktion Löwenzahn PLUS“ hat die LAGZ in den vergangenen beiden Jahrzehnten den Grundstein für das hohe Niveau der Zahngesundheits bei bayerischen Schulkindern gelegt. Hauptaufgabe der 1983 gegründeten Gemeinschaft ist – zusammen mit Eltern, Schulen und Kindergärten – die Zahngesundheits der Kinder zu erhalten und den gesetzlichen Auftrag des Staates zur zahnärztlichen Gruppenprophylaxe umzusetzen.

ik/LAGZ

■ Konkurrenz der Banken um Mediziner

Die Deutsche Bank will vom Umbau des Gesundheitswesens profitieren und startet eine Medizineroffensive; denn künftig werde es nach Einschätzung der Bank immer häufiger zu großen Gemeinschaftspraxen und damit auch zu einem höheren Finanzierungsbedarf kommen. Mit speziell ausgebildeten Beratern macht das Kreditinstitut dem Marktführer Deutsche Apotheker- und Ärztebank sowie dem Finanzberater MLP Konkurrenz, meldet das Handelsblatt. Die Kundenzahl in diesem Segment soll von derzeit 30 000 in den nächsten fünf Jahren verdoppelt werden, so ein Vertreter der Deutschen Bank im Handelsblatt. Bis zum Jahresende wolle die Deutsche Bank die Zahl ihrer Medizinberater auf 150 aufstocken.

ik/ZM Online

■ Insolvenzrisiko: Bei Zahnärzten höher

Das Insolvenzrisiko bei Zahnarztpraxen sei aufgrund des größeren Investitionsvolumens generell höher als bei Humanmediziner. Das teilte die Deutsche Bank mit. Insgesamt habe sich die ökonomische Situation der Mediziner verschlechtert. „Die verschlechterte wirtschaftliche Lage der niedergelassenen Ärzte lässt sich unter anderem aus dem seit Jahren in Westdeutschland gesunkenen ideellen Preis für die Übernahme einer bereits bestehenden Einzelpraxis ableiten“, zitiert der Nachrichtendienst „änd“ das Unternehmen. Generell sei das Insolvenzrisiko bei Zahnarztpraxen aufgrund des größeren Investitionsvolumens höher als bei Humanmediziner. Das Investitionsvolumen für eine Arztpraxis liege derzeit im Schnitt bei einer Übernahme oder Neugründung in etwa gleich hoch und betrage zwischen 200 000 und 250 000 Euro, bei Zahnärzten bei 330 000 Euro. Im Vergleich zu anderen freien Berufen sei das Insolvenzrisiko von Ärzten gering.

ik/ZM Online

■ VFwZ wählt neuen Vorsitzenden

Dr. Anton Euba, Schrobenhausen, wurde im Dezember 2007 einstimmig zum neuen Vorsitzenden des Vereins zur Förderung der wissenschaftlichen Zahnheilkunde in Bayern e.V. gewählt. Damit steht jetzt ein praktizierender Zahnarzt an der Spitze des gemeinnützigen Vereins, der junge Wissenschaftler bei der Erstellung ihrer zahnmedizinischen Arbeiten finanziell und ideell unterstützt. Euba übernimmt das Amt von der Universitätsprofessorin Dr. Ingrid Rudzki, die sich nicht mehr zur Wahl stellte. Diese wurde jetzt ebenso wie Prof. em. Dr. mult. Dieter Schlegel (beide München) als stellvertretende Vorsitzende gewählt. Weiteres im Internet unter www.vfwz.de.

ik/VFwZ

■ Streit um Gesundheitsfonds

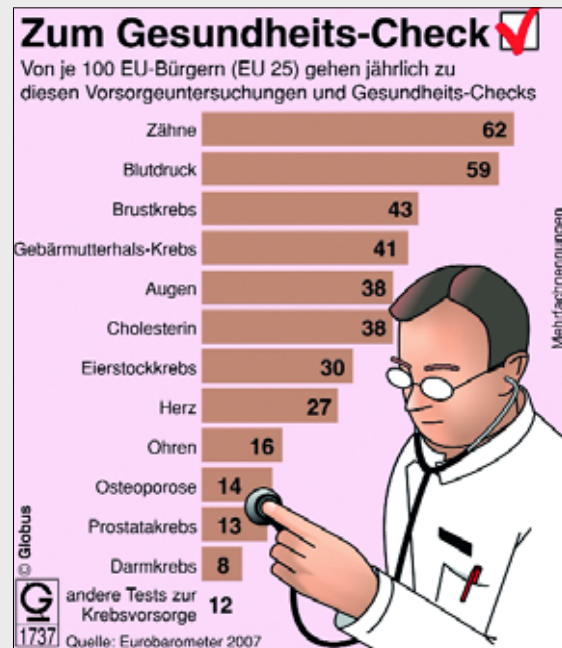
Das neue Jahr begann in der Gesundheitspolitik mit einer weiteren Auseinandersetzung um ein Dauerthema des letzten Jahres. Gegen den Gesundheitsfonds regte sich heftiger Widerstand. Bayerns Sozialministerin Christa Stewens brachte eine Verschiebung des Fonds ins Spiel, solange seine Auswirkungen nicht im Detail geklärt seien. Die Ministerin reagierte damit auf eine Studie des Münchner Instituts für Gesundheitsökonomik, wonach die Beitragssätze rein rechnerisch noch vor Einführung des Gesundheitsfonds auf deutlich über 15 Prozent steigen müssten. Dr. Janusz Rat, Vorsitzender der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Bayerns (KZVB), erklärte: „Mit dem Gesundheitsfonds wird das Sparkorsett für unsere bayerischen Patienten gleich von zwei Seiten einschneidend festgezurt.“ Der Fonds bewirke zum einen, dass alle deutschen Krankenkassen bei den Ausgaben sparen müssen. Zum anderen würde speziell aus dem bayerischen Gesundheitswesen Geld abfließen. Auch der bayerische Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein äußerte während seines Besuches bei der KZVB Bedenken bezüglich des Fonds. Und die FDP beantragte Mitte Januar im Bundestag, den Gesundheitsfonds zu stoppen. Bundeskanzlerin Angela Merkel hingegen betonte, der Fonds werde pünktlich am 1. Januar 2009 starten. ho

■ Spitzenverband kostet jährlich 150 Millionen Euro

Eigentlich sollte der „Spitzenverband Bund der Krankenkassen“ (SpiBu) für Einsparungen im Gesundheitswesen sorgen. Der durch das GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz gegründete neue Verband sollte die Strukturen der Krankenkassen straffen und unnötige Bürokratie abbauen. Doch Pressemeldungen zufolge bewirkt er zunächst das Gegenteil: Für das zweite Halbjahr 2008 sei ein Haushaltsvolumen von rund 75 Millionen Euro eingeplant, berichtet der „Dienst für Gesellschaftspolitik“ (dfg). Dieser beruft sich wiederum auf eine Beratungsvorlage des SpiBu-Verwaltungsrates. Allein für die „persönlichen Verwaltungskosten“ rechnet man mit Ausgaben in Höhe von 11,812 Millionen Euro. Rechnet man den für das zweite Halbjahr 2008 geplanten Haushalt auf 2009 hoch, dann verbraucht der SpiBu in diesem Jahr rund 150 Millionen Euro. Die Tätigkeit des Spitzenverbandes beginnt offiziell am 1. Juli 2008. ho/dfg

■ Europäer achten auf ihre Zähne

Ihre Zahngesundheit liegt den Europäern besonders am Herzen. Wie eine Eurobarometer-Umfrage zur



„Gesundheit in der Europäischen Union“ zeigt, gehen 62 Prozent der EU-Bürger jährlich zur zahnmedizinischen Vorsorgeuntersuchung. Kein anderer medizinischer Gesundheitscheck werde häufiger vorgenommen, so die Umfrage. 59 Prozent der EU-Bevölkerung lassen jährlich ihren Blutdruck überprüfen, 43 Prozent gehen regelmäßig zur Brustkrebs- und 41 Prozent zur Gebärmutterhalskrebsvorsorge. Die Vorsorge zur Früherkennung von Prostatakrebs oder Darmkrebs ist dagegen eher selten: Nur 13 beziehungsweise acht Prozent der EU-Bürger lassen sich entsprechend untersuchen. vo

■ Über 100 BKKen gründen gemeinsame Servicegesellschaft

Insgesamt 137 Betriebskrankenkassen (BKKen) und acht BKK Landesverbände haben eine gemeinsame Servicegesellschaft „Spectrum K“ gegründet. Dies geht aus einer Pressemitteilung des BKK Bundesverbandes hervor. Die neue Dienstleistungsgesellschaft mit Sitz in Berlin hat ihre Arbeit bereits zum 1. Januar 2008 aufgenommen. Hiermit ziehe das BKK-System die Konsequenz aus der jüngsten Gesundheitsreform, wonach die derzeitigen Spitzenverbände der Kassenarten per Gesetz zum 1. Januar 2009 in Gesellschaften bürgerlichen Rechts überführt werden. Zu den Aufgaben der neuen Gesellschaft gehören unter anderem Verhandlung und Abschluss überregionaler medizinischer Versorgungsverträge sowie Rabattverträge, Datenmanagement, Interessenvertretung und Kommunikation, Versicherungs- und Finanzmanagement sowie Rechtsberatung. vo